



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 20.01.2009

AN/0070/2009

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	10.02.2009

Nein zum Bauprojekt der Milli Görüs in Chorweiler

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, künftig alle zuständigen kommunalpolitischen Gremien umgehend zu informieren, sobald die Verwaltung Kenntnis von Bauvorhaben radikal-islamischer Organisationen wie beispielsweise der Gruppe Milli Görüs erhält. Der Rat mißbilligt das Vorhaben der Milli Görüs, an der Elbealle 27 in Chorweiler ein islamisches Zentrum zu errichten.

Begründung:

Die Öffentlichkeit hat erst sehr spät erfahren, daß hinter dem geplanten Bau eines islamischen Gemeindezentrums an der Elbeallee 27 im Stadtbezirk Chorweiler die als radikal geltende türkische Organisation Milli Görüs steckt. Die Fraktion pro Köln hatte im Rat hartnäckig Fragen nach dem Bauherren des jüngsten Kölner Islamisierungsprojektes gestellt und war damit von der Verwaltung in den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung abgedrängt worden. Offenbar will man im Rathaus nicht so genau wissen, wer da in aller Ruhe in unserer Stadt seine Infrastruktur aufbaut. Jetzt beförderte der Chorweiler pro-Köln-Bezirksvertreter Martin Schöppe im öffentlichen Teil der Bezirksvertretungssitzung am 27. November den Skandal an den Tag: In Chorweiler tritt eine Firma als Bauherr auf, die zum Netzwerk der Organisation Milli Görüs gehört.

Zuletzt mußte die Polizei Ende August zu Razzien in bundesweit rund 20 Büros von Milli Görüs ausrücken. Auch die Bundeszentrale in Kerpen wurde durchsucht. Milli Görüs schottet sich nachhaltig von der nicht-islamischen Außenwelt ab. Grund der jüngsten Razzien war der

Verdacht, Anhänger der Organisation seien dabei in Geldangelegenheit zu weit gegangen und hätten Steuern hinterzogen.

Gründer von Milli Görüs war der türkische Politiker Necmettin Erbakan, dessen Wohlfahrtspartei in der Türkei aufgrund ihrer islamistischen Ausrichtung verboten worden ist. Erbakan steht im Verdacht, Antisemit zu sein. Er soll Juden als „Bakterien“ und „Krankheiten“ bezeichnet haben. Ziel der Bewegung ist eine weltliche Ordnung nach islamischen Prinzipien. Der „Verfassungsschutz“ beobachtet Milli Görüs, weil er davon ausgeht, daß diese Ordnung mit den Werten des Grundgesetzes nicht vereinbar ist.

Aber ein Verdikt dieser zweifellos von parteipolitischen Interessen geleiteten Behörde interessiert offenbar im Falle des im Kölner Norden geplanten Islamistenzentrums in der Kölner Kommunalpolitik niemanden – außer pro Köln. Die Bürgerbewegung wird deshalb unverzüglich vor Ort aktiv werden und den Widerstand der Bevölkerung gegen dieses Bauvorhaben politisch-religiöser Extremisten mobilisieren!

Das Verhalten der Verwaltungsspitze ist im Zusammenhang mit dem Milli-Görüs-Projekt ungeheuerlich. Mehrfach hatten Verwaltungsvertreter gegenüber pro Köln betont, es ginge im Zusammenhang mit der Elbeallee 27 lediglich um einen ganz normalen Bauantrag, der politische Hintergrund des Bauträgers sei irrelevant. Man stelle sich einmal vor, Neonazis würden in Köln ein Zentrum errichten und in diesem Zusammenhang Anfragen an die Stadt richten. Nach den Äußerungen der Verwaltung zum Milli-Görüs-Projekt im Stadtbezirk Chorweiler müssten wir wohl damit rechnen, daß sie auch in diesem Fall freundliches Desinteresse an den Tag legen würden.

Da ist es nun für uns an der Zeit zu fordern: Wehret den Anfängen!

gez. Rouhs